

Rentenpaket verschiebt Problemlösung auf die Zukunft

Wirtschaft Versicherung

© Pixabay

Der Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute (BVK) äußert sich kritisch zum gestern (26.6.) vorgestellten Rentenpaketentwurf von Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas.

Das Rentenpaket sieht unter anderem die Festschreibung des Rentenniveaus auf 48 Prozent bis 2031, die Ausweitung der sogenannten Mütterrente sowie die erleichterte Weiterbeschäftigung von Rentnern vor. Aus Sicht des BVK greift jedoch dieses Maßnahmenpaket zu kurz und verschärft langfristig die strukturellen Probleme der gesetzlichen Rentenversicherung.

Denn die Festschreibung des Rentenniveaus auf 48 Prozent mag kurzfristig für Stabilität sorgen, doch es fehlt eine solide Gegenfinanzierung. Die steigenden Belastungen für die Beitrags- und Steuerzahler werden ausgeblendet. Zwar kann die geplante Abschaffung des sogenannten Vorbeschäftigungsverbots für Rentner kurzfristig Engpässe am Arbeitsmarkt abfedern und die Rentenkasse etwas füllen. Aber es ersetzt keine umfassende Reform der Altersvorsorge und bleibt ohne nachhaltige Wirkung auf die Finanzierungsprobleme der Rentenversicherung.

„Was uns aber am meisten umtreibt, ist, dass das Rentenpaket keinerlei Impulse zur Förderung der privaten und betrieblichen Altersvorsorge setzt“, sagt BVK-Präsident Michael H. Heinz. „Schließlich kann eine zukunftsweise Altersvorsorge nur im Zusammenspiel von gesetzlicher, betrieblicher und privater Vorsorge gelingen. Hier bleibt das Paket mutlos und verkennt die Notwendigkeit, die kapitalgedeckte Vorsorge zu stärken.“

Der BVK fordert die Bundesregierung auf, endlich die Weichen für eine generationengerechte, nachhaltige und solide Altersvorsorge zu stellen. Das heute vorgestellte Rentenpaket ist dafür nicht geeignet und verschiebt die Problemlösung einer umfassenden Altersvorsorge lediglich in die Zukunft.